

Gebühren für Ärzte werden neu geregelt

Peter Thelen
Berlin

Gerade rechtzeitig zur entscheidenden Phase der Koalitionsverhandlungen haben sich die privaten Krankenversicherungen (PKV) mit der Bundesärztekammer (BÄK) über einen Rahmenvertrag für eine neue privatärztliche Gebührenordnung (GOÄ) verständigt. Die Einigung sei auch ein Signal an die künftige Bundesregierung, die Vorstellungen der Selbstverwaltung bei der überfälligen Reform der GOÄ zu berücksichtigen, sagte BÄK-Hauptgeschäftsführer Bernhard Rochell. Die GOÄ ist seit 1982 nur in Teilbereichen reformiert worden. Für einen Teil der Leistungen gibt es inzwischen keine Honorarziffern mehr. Zudem sind die Ärzte dazu übergegangen, meist den höchsten Gebührensatz abzurechnen, um die seit der letzten Anpassung der Gebührensätze 1996 eingetretene Inflation auszugleichen. Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) hatte Ärzte und PKV-Verband mehrfach aufgefordert, Vorschläge für eine neues Gebührenverzeichnis zu machen. Dies scheiterte auch daran, dass die PKV das Recht forderte, mit einzelnen Ärzten Sondervereinbarungen zu treffen, um ihre ausufernden Ausgaben für ambulante Behandlung einzudämmen. Sie liegen bei zwölf Milliarden Euro im Jahr für neun Millionen Versicherte. Die gesetzlichen Kassen kommen mit 29 Milliarden Euro für 70 Millionen aus.

12 Mrd.

Euro zahlen die privaten Kassen im Jahr für ambulante Behandlung.

Quelle: PKV-Verband

Die bessere Kostensteuerung soll nach der nun erzielten Vereinbarung auf anderem Weg gelingen, so Birgit König, stellvertretende PKV-Vorsitzende. Die neuen rund 4000 Gebührensätze sollen exakt nach dem Aufwand für die verschiedenen Leistungen bemessen und von einem neuen Selbstverwaltungsgremium ständig aktualisiert werden, kündigte sie an. In ihm sollen auch die Beihilfestellen der öffentlichen Arbeitgeber vertreten sein.

Allerdings konnte man sich bislang nicht verständigen, wie viel die Arzt-Minute in Zukunft kosten darf. SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach kritisierte den Rahmenvertrag daher als Einverständnis, dass man in Wahrheit nicht weitergekommen sei. Er erneuerte die Forderung der SPD nach einer einheitlichen Gebührenordnung für gesetzlich und privat Versicherte. „Damit wäre allen geholfen.“ Ob es so kommt, soll die Arbeitsgruppe Gesundheit von SPD und Union nächste Woche aushandeln.

WORLD TRADE CENTER

Das Leben kehrt zurück



Am Mittwoch ist das Gebäude im südlichen Manhattan mit der Anschrift 4 World Trade Center offiziell neu eröffnet worden. Es ist der erste Teil des gewaltigen Komplexes, der die berühmten Doppeltürme ersetzt, die am 11. September 2001 bei dem Angriff von Terroristen mit gekaperten Passagierflugzeugen zerstört worden waren. Bereits am Dienstag hatte das Council on Tall Buildings and Urban Habitat den Turm mit der Anschrift One WTC (s. Foto) zum höchsten Gebäude der USA erklärt. Damit steht dieser Turm, der 541,30 Meter misst und offiziell 2014 eröffnet werden soll, auf Platz sieben der „Gebäude im Bau“. Wäre das Prunkstück des neuen World Trade Cen-

ters schon fertig, würde es Platz drei der Liste der bestehenden Gebäude einnehmen, nach einem Hotel in Dubai mit 828 Metern und einem in Mexiko mit 608 Metern. Der Markt für Hochhäuser in Manhattan ist in Bewegung. Vor kurzem ging das Empire State Building (mit 381 Metern auf Platz 20) zusammen mit anderen Gebäuden an die Börse. Auf der anderen Seite scheinen Pläne des scheidenden Bürgermeisters Michael Bloomberg, im Osten von Manhattan Mitte einen riesigen Komplex mit neuen Bürohochhäusern entstehen zu lassen, am Widerstand im Stadtrat und am fehlenden Interesse seines Nachfolgers Bill de Blasio zu scheitern. fw

„Familienarbeitszeit“ soll Teilzeit für beide Eltern fördern

Das DIW hat ein „Familienarbeitszeit“-Modell erdacht, das Eltern unterstützen soll, die bei 80 Prozent beziehungsweise 32 Stunden arbeiten. Sie würden maximal drei Jahre die Differenz zum vollen Gehalt vom Staat bekommen. Eltern könnten so Familie und Beruf besser vereinbaren. Daneben würden so mehr Frauen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und eine bessere Alterssicherung aufbauen. Kosten würde die Leistung anfangs nur 140 Millionen Euro im Jahr. bag

Regierung erwartet für Rentner zwei Prozent mehr Geld

Die 20 Millionen Rentner in Deutschland können womöglich 2014 mit gut zwei Prozent mehr Geld rechnen. Das geht aus dem noch unveröffentlichten Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung hervor. Danach könnten die Renten nach vorläufigen Berechnungen zum 1. Juli 2014 im Westen um 2,13 Prozent und im Osten um 2,25 Prozent steigen. Festgelegt wird das Plus im März. 2013 waren die West-Renten um 0,25 Prozent, im Osten um 3,29 gestiegen. Reuters

SPD will Frauenquote in Stufen steigern

Die SPD hat einen neuen Vorschlag für die Frauenquote: „Wir wollen den Anteil weiblicher Führungskräfte in Aufsichtsräten stufenweise erhöhen. Bis 2015 auf 25 Prozent, ab 2018 auf 30 Prozent und in 2021 auf 40 Prozent“, sagte Vize-Parteichefin Manuela Schwesig „bild-online“. Unternehmen, die sich nicht daran hielten, müssten mit Sanktionen rechnen. Für Vorstände will die SPD „verbindliche Zielgrößen“ festsetzen. Die Union ist bislang nur offen für eine starre Quote für Aufsichtsräte. Für Vorstände favorisiert sie eine freiwillige, selbst gesetzte Quote. HB

Malta lockt reiche Ausländer - Pass für 650 000 Euro

Reiche Ausländer aus Nicht-EU-Ländern sollen die maltesische Staatsangehörigkeit für 650 000 Euro kaufen können. Das sieht das neue Staatsangehörigkeitsrecht im kleinsten EU-Mitgliedsland vor, das vom maltesischen Parlament genehmigt wurde und nun noch vom Präsidenten unterschrieben werden muss. Scharfe Kritik übte am Mittwoch die Opposition. „Dies ist ein schwarzer Tag für die Demokratie. Staatsbürgerschaft hat keinen Preis, aber einen Wert.“, sagte der Mitte-rechts-Oppositionsführer Simon Busuttil. dpa

Schäuble ohne Auftrag nach Brüssel

Keine Einigung zwischen Union und SPD vor dem Treffen der EU-Finanzminister zum Thema Bankenunion.

Jan Hildebrand
Berlin

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) rechnet nicht mit einer schnellen Einigung bei der Bankenabwicklung. Beim Treffen der europäischen Finanzminister am Donnerstag und Freitag in Brüssel werde es nur um „die allgemeine Ausrichtung“ des Abwicklungsmechanismus gehen, schreibt das Finanzministerium in einem Vorbereitungspapier, das dem Handelsblatt vorliegt. Es werde keine Aufsicht übernimmt. „Ein zügiges über die Schließung von maroden Banken entscheidet, so ein hochrangiger Euro-Zonen-Vertreter. Grund für die Hängepartie sind auch die Koalitionsverhandlungen in Berlin. Am Dienstagabend hatte

Schäuble erneut versucht, sich mit Vertretern von Union und SPD auf eine Position zur Bankenunion zu einigen. Vergeblich. Schäuble hat für die Gespräche in Brüssel nun keine Vollmacht der künftigen Koalition. Dabei sind Fortschritte dringend notwendig. Schließlich brauchen die Finanzminister bis Ende des Jahres eine Einigung.

Die fünf Wirtschaftsweisen warnten vor Verzögerungen. Der Abwicklungsmechanismus soll bereitstehen, wenn die Europäische Zentralbank (EZB) im Herbst 2014 die Aufsicht übernimmt. „Ein zügiges Voranschreiten zur Schaffung des einheitlichen Abwicklungsmechanismus ist daher geboten“, heißt es im Gutachten der Ökonomen.

Der Sachverständigenrat spricht sich zudem gegen den Plan von

Schäuble aus, den Abwicklungsmechanismus auf die 130 Großbanken zu begrenzen, die unter EZB-Aufsicht stehen. Vielmehr soll er für alle 6 000 Finanzinstitute der Euro-Zone gelten, wie es die EU-Kommission vorschlägt. „Denn in einem integrierten Finanzmarkt erhalten Bankenrisiken, selbst wenn sie in Fehlentwicklungen bei ausschließlich lokal tätigen Instituten wurzeln, schnell eine grenzüberschreitende Dimension“, heißt es im Gutachten.

Beim Treffen der Finanzminister wird auch über die direkte Bankrekapitalisierung durch den Rettungsfonds ESM gestritten. Die Bundesregierung bremst. Sie habe bei den Vorbereitungen deutlich gemacht, dass das Instrument „noch nicht entscheidungsfähig“ sei, heißt es im BMF-Papier. Kanzlerin Angela



Ein zügiges Voranschreiten zur Schaffung der einheitlichen Bankenabwicklung ist geboten.

Gutachten des Sachverständigenrats

Merkel und Schäuble haben ein Problem: Sie haben den Euro-Staaten zugesagt, dass der ESM künftig Banken direkt helfen darf. Doch die SPD lehnt das Instrument, dem der Bundestag zustimmen muss, bisher ab. Unterstützung erhielt sie vom Sachverständigenrat. Die Hoffnung der Staaten, von Bankenrisiken entbunden zu werden, „setzt die falschen Anreize“, heißt es. Der vorgeschlagene Rahmen für die ESM-Bankenhilfe sei abzulehnen.

Zudem zweifeln die Wirtschaftsweisen, ob bei Bankenrisiken künftig die Steuerzahler geschont werden. Die Regeln für die Beteiligung von Aktionären und Gläubigern (Bail-in) hätten zu große „Ermessensspielräume“. Das lasse „erhebliche Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Bail-in aufkommen“.

OECD verlangt von Paris Reformeifer

Thomas Hanke
Paris

Frankreich ist in Europa der Nachzügler in Sachen Wettbewerbsfähigkeit und Reformen. Auf diesen Nenner kann man einen Sonderbericht zum wichtigsten Partner Deutschlands bringen, den die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung am Mittwoch vorgestellt hat. „Frankreich ist das einzige Land Europas, das den Trend steigender Lohnstückkosten noch nicht gewendet hat“, sagte ein hochrangiger Vertreter der Organisation der reichsten Industriestaaten in Paris.

Die Kritik der OECD erfasst alle Bereiche der französischen Gesellschaft: Das Bildungssystem zementiert die sozialen Gegensätze und lässt Kinder aus ärmeren Schichten noch weiter zurückfallen; der Wettbewerb speziell bei Dienstleistungen und im Baugewerbe ist zu wenig ausgeprägt - das behindert die Schaffung neuer Jobs und verteuert die Vorleistungen für die Industrie; der Mindestlohn für Jugendliche ist zu hoch, was deren Arbeitslosenquote steigert; die Löhne sind deutlich schneller gestiegen als die Produktivität; der öffentliche Dienst ist zu stark aufgebläht, an einer Verringerung seiner Beschäftigtenzahl führt kein Weg vorbei. Die Regierung hatte die Veröffentlichung des Berichts verzögert.

Das Argument der Regierung, sie habe bereits viele Reformen beschlossen, die müssten nun erst mal wirken, lässt die OECD nicht gelten: „Frankreich muss schneller, ehrgeiziger und weiter vorangehen, sonst bleibt es stecken“, sagte der hohe Vertreter.

Weiteres Ungemach kommt für die Regierung vom unabhängigen Hohen Rat für die Staatsfinanzen in Paris: Der kritisiert ein zu hohes Defizit in diesem Jahr. Er werde deshalb 2014 einen „Korrekturmehanismus“ auslösen, um Ausgaben zu senken. Die Regierung lehnt das bislang als unbegründet ab.



EUROPA DIREKT UM DIE ECKE

Von Deutschland nach Großbritannien. Unser Netzwerk in über 220 Ländern und Regionen verbindet Sie mit Europa und dem Rest der Welt. Besuchen Sie uns auf fedex.com/de/connect
FedEx. Solutions powered by people.